

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebberts und Thomas Stukenberg

Rückschlag für Indiens ziviles Atomprogramm

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat sich am 13. Mai beim Bau des Kaiga Atomkraftwerks im Bundesstaat Karnataka ein Unfall ereignet. Vierzehn Arbeiter wurden verletzt, als sich ein 130 Tonnen schweres Betonteil aus der inneren Umhüllung der Kuppel von Kaiga-1 löste. Mit zwei Blöcken von jeweils 220 Megawatt und kalkulierten Baukosten von 21 Milliarden Rupien (mehr als eine Milliarde DM) ist das Kraftwerk, mit dessen Bau 1989 begonnen wurde, das größte Projekt der indischen 'Nuclear Power Corporation' (NPC). Planmäßig sollte Kaiga 1996 ans Netz gehen, doch der Unfall läßt die Planungen unrealistisch erscheinen. Zwar war zum Zeitpunkt des Unfalls noch kein radioaktives Material im Block, doch der Unfall stellt die Sicherheit indischer Atomkraftwerke erneut infrage. Die Kuppel, die den Reaktor umschließt, soll Explosionen im Innern des Reaktors oder Erdbeben standhalten. "Eine Kuppel, die Erdbeben der

Stärke 6,5 auf der Richterskala überstehen soll, kollabiert schon unter ihrem eigenen Gewicht", spottet denn auch ein Sprecher der Anti-Atombewegung 'Citizens Against Nuclear Energy' (CANE). CANE vermutet als Unfallursache die Verwendung minderwertigen Baumaterials und Konstruktionsfehler. Die NPC weist diese Vorwürfe mit dem lapidaren Hinweis von sich, das mit dem Bau beauftragte renommierte Unternehmen 'Larsen and Toubro' (L&T) könne sich keine Schlamperei erlauben. NPC-Direktor Mitra räumt jedoch ein, daß Konstruktionsmängel als mögliche Unfallursache infrage kämen. Die zuständige Aufsichtsbehörde 'Atomic Energy Regulatory Board' (AERB) hat nach Besichtigungen der Baustelle festgestellt, daß der Ort und die Konstruktionsweise in wesentlichen Punkten von den zur Genehmigung eingereichten Plänen abweichen. Unter anderem soll L&T, vor allem aus Zeit- und Kostenersparnisgründen, zum Bau anderen als den genehmigten Zement verwendet haben. An dem Unfall hat sich ein Konflikt zwi-

schen der NPC und der Aufsichtsbehörde AERB entzündet: Während für NPC-Direktor Chatterjee oberste Priorität die Einhaltung des Zeitplanes ist und er an der Inbetriebnahme 1996 keinen Zweifel zuläßt, hat die AERB zunächst einmal NPC angewiesen, alle Baumaßnahmen an der Innenhülle von Kaiga bis zur Klärung der Unfallumstände auszusetzen.

Der Unfall steht in der Tradition einer Reihe mehr oder weniger schwerer "Zwischenfälle" in indischen Atomkraftwerken: So hatte 1993 ein Feuer in dem ebenfalls von NPC in Betrieb gesetzten Atomkraftwerk Narora (Uttar Pradesh) Millionenschäden angerichtet. Ursache auch hier: die Mißachtung von Bauvorschriften und Gefahrenhinweisen. Man hatte Generatoren des amerikanischen Unternehmens 'General Electric' eingesetzt, obwohl das Unternehmen schon 1988 die Lizenz für diese fehlerhaften Generatoren zurückgezogen hatte.

Im Kalpakkam-Reaktor bei Madras war es schon unmittelbar nach der Inbetriebnahme zu schweren Zwi-

INDIA : NUCLEAR SELF-SUFFICIENCY AT A PRICE

The Atomic Energy Commission has been able to achieve self-reliance in all the critical areas of nuclear technology such as fuel, heavy water, reprocessing and building of sophisticated research and power reactors.

1

MINING

1. Indian Rare Earths Ltd, Bombay
2. Rare Earths Plant, Alwaye (Kerala)
3. Mineral Separation Plant, Chavara (Kerala), Manavalakuruchi (Tamil Nadu)
4. Orissa Sands Complex, Chhatrapur (Orissa)
5. Uranium Corporation of India, Turamdih, Jaduguda (Bihar)

2

HEAVY WATER PLANTS

Location	Capacity in MW/year
1. Nangal (Punjab)	14
2. Baroda (Gujarat)	45
3. Tuticorin (Tamil Nadu)	49
4. Talcher (Orissa)	Very little
5. Kota (Rajasthan)	85
6. Thal (Maharashtra)	100
7. Munuguru (Andhra)	185
8. Hazira (Gujarat)	100

3

FUEL FABRICATION

Location	Capacity/year
1. NFC Hyderabad (AP)	90 MT per year
2. Trombay (Maharashtra)	Sufficient for CIRUS, DHRUVA, FBTR fuel pins
3. Turamdih (Bihar)	Yet to start

4

RESEARCH REACTORS

	Capacity
1. APSARA (Trombay)	1 MW
2. CIRUS (Trombay)	40 MW
3. ZERLINA (Trombay)	100 Watts
4. PURNIMA 2 (Trombay)	-
5. PURNIMA 3 (Trombay)	-
6. KAMINI (Kalpakkam)	30 KW
7. DHRUVA (Trombay)	100 MW
8. FBTR (Kalpakkam)	42 MW

5

REPROCESSING UNITS

Location	Capacity in tonnes
1. Trombay (Maharashtra)	30
2. Tarapur (Maharashtra)	100
3. Kalpakkam 1 (Tamil Nadu)	Laboratory scale
4. Kalpakkam 2 (Tamil Nadu)	125

6

POWER REACTORS

Operating	Capacity in MW
1. Tarapur 1 & 2 (Maharashtra)	320
2. Rajasthan 1 & 2 (Kota, Rajasthan)	300
3. Madras 1 & 2 (Kalpakkam, TN)	440
4. Narora 1 & 2 (Uttar Pradesh)	440
5. Kakrapar 1 (Gujarat)	220
Under construction	
1. Kakrapar 2 & 3 (Gujarat)	220
2. Rajasthan 3 & 4 (Kota, Rajasthan)	440
3. Kaiga 1 & 2 (Karnataka)	440
Sanctioned	
1. Tarapur 1 & 2 (Maharashtra)	500

Indiens Nuklearprogramm (aus 'India Today')

schenfällen gekommen. Und selbst bei Normalbetrieb sind Arbeiter in indischen Atomkraftwerken einer Strahlendosis ausgesetzt, die die weltweit durchschnittliche um das achtfache übersteigt. Die im Bundesstaat Gujarat arbeitende Anti-Atomkraft-Organisation 'Sampoorna Kranti Vidyalaya' hat ermittelt, daß die Rate kindlicher Mißbildungen in der Nähe des Atomreaktors in Gujarat dreieinhalb mal höher liegt als im Landesdurchschnitt.

Die Vorfälle haben in Indien eine Diskussion darüber ausgelöst, wie die Sicherheitsvorkehrungen beim Bau und Betrieb von Atomkraftwerken verschärft und die Kompetenzen der AERB erweitert werden können.

Doch AERB wie auch NPC leiden an einem eklatanten Mangel an qualifiziertem Personal. Darüberhinaus gefährden verschärfte Kontrollbestimmungen und Kapitalknappheit das ambitionierte Atomenergieprogramm der NPC von 10.000 Megawatt bis zur Jahrtausendwende. NPC-Direktor Chatterjee kalkuliert mit ständig steigendem Energiebedarf in Indien - schon allein aufgrund des zugrundegelegten Bevölkerungswachstums. Auf der anderen Seite spielt er die Unfälle als "äußerst ungewöhnlich" herunter und lobt den allgemeinen Sicherheitsstandard der Kraftwerke. Dennoch mußte Chatterjee die Planungen inzwischen auf eine errichtete Kapazität von 3.820 Megawatt bis zum Jahre 2003 korrigieren.

Cargill: Multinationale Salzgewinnung durch die Hintertür

Als der US-amerikanische Konzern 'Cargill' im September 1993 seinen Antrag auf Errichtung einer Salzgewinnungsanlage in Kandla in der Kutch-Region (Gujarat) zurückzog, sah sich die Bürgerrechtsbewegung gegen umweltschädliche ausländische Projekte unter Führung der 'Samajwadi Abhiyan' des 'Janata Dal'-Abgeordneten George Fernandes schon als Sieger (siehe dazu auch 'Südasiens' 8/93). Doch der Jubel scheint verfrüht gewesen zu sein, denn 'Cargill' hat seine Pläne zur Salzgewinnung in Kutch noch nicht aufgegeben. Vor der Liberalisierung und Öffnung der indischen Märkte durch Premier Rao war 'Cargill' auf indische Partner angewiesen, wollte später seine Projekte allerdings alleine durchziehen. Nach den andauernden Protesten und der Position der Regierung von Gujarat, daß kein ausländisches Unternehmen benö-

tigt werde, wenn indische Firmen die Aufgabe genauso gut erledigen könnten, strebt 'Cargill' nun erneut eine Kooperation mit der indischen 'Adani Chemicals' an.

Lokale Salzhersteller, die gegen die Projekte von Cargill opponieren, will der Multi dadurch schwächen, indem er ihnen das Salz abkauft und sie so von sich abhängig macht. Experten sind von der Qualität und Reinheit des Kutch-Salzes überrascht, die gegen die Verwendung zur schlichten Natronproduktion spricht. Doch niemand weiß, was 'Cargill' mit dem Salz vor hat. Das Salzgewinnungs-Projekt wird vor allem von regionalen Umweltverbänden wie der 'Gujarat Jan Jagaran Samiti' und der 'Matsya Udyog Seva Sahakari Sangh' angegriffen, die auf die zu erwartenden negativen Effekte der Versalzung hinweisen. Die Salzgewinnung gefährdet ernsthaft die Dattel- und Obstplantagen sowie Fischzucht in der Küstenregion, von denen viele der u.a. turkstämmigen Bewohner des Kutch leben, glauben Kritiker.

Erfolge für Umweltaktivisten

Nicht immer sind es die Macht- und Profitinteressen von Politik und Wirtschaft, die sich im Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt durchsetzen. Dies wird deutlich an den Aktivitäten und Erfolgen der 'Orissa Krushak Mahasangh', einer Gruppe von Umweltschützern im Bundesstaat Orissa um den ehemaligen Parlamentsabgeordneten Banka Behary Das. Mit dessen Unterstützung gelang es der Bevölkerung um den Chilika-See, des größten Brackwassersees Asiens, ein Multimillionen Rupien Fischzuchtprojekt der 'Tata'-Gruppe zu verhindern, für das etwa 10.000 Familien hätten umgesiedelt werden müssen (siehe dazu auch Südasiens, 3/1993). Beinahe täglich kam es zu Protestaktionen und Demonstrationen der neugegründeten 'Bewegung zur Rettung Chilikas' (Chilika Bachao Andolan - CBA) gegen das Projekt, auf die die Landesregierung Orissas unter Biju Patnaik mit heftigen Angriffen gegen Das reagierte. Das wurde als Feind Orissas charakterisiert, der nicht an der Entwicklung des Bundeslandes interessiert sei. Während einer öffentlichen Veranstaltung ließ sich Patnaik gar zu der Bemerkung hinreißen, daß die Vorgehensweise Das' "eine Tracht Prügel" verdiene. Doch trotz dieser heftigen Angriffe der Landesregierung gegen Das und seine Be-

wegung, begannen die Verantwortlichen bei 'Tata' über ein Ende des Projektes nachzudenken. Das Unternehmen wollte weder seinen guten Ruf aufs Spiel setzen und durch die Umweltaktivisten schädigen lassen noch in die landespolitischen Auseinandersetzungen Patnaiks verwickelt werden und gab schließlich bekannt, man würde seine Investitionstätigkeiten am Chilikasee einstellen.

Wenig später sah sich die Landesregierung erneut in einer Konfrontation mit Das und seinen Anhängern. Diesmal ging es um den Bau und Errichtung von Hotelkomplexen entlang der Küste zwischen Puri und Konarak (Südasiens, 3/1994). Mit Unterstützung des Ministeriums für Tourismus, welches die Landesregierung für ihre "großartigen Pläne" lobte, wollte diese mit ihren Plänen einen Grundstein für die touristische Erschließung der Region legen. Den Dorfbewohnern der Region erklärte die Regierung die angeblichen Vorteile des wachsenden Tourismus und versprach ihnen Arbeitsplätze, ein höheres Einkommen und ein komfortableres Leben. Verschwiegen wurde den Dorfbewohnern, das für das Projekt mehr als 500.000 Bäume gefällt werden müßten. Die 'Orissa Krushak Mahasangh' unter B.B. Das startete eine Gegenkampagne, welche die Dorfbewohner der Region über die ökologischen Folgen des Projektes aufklärte. Schon bald waren diese bereit, mit Aktionen, die durch die 'Chipko'-Bewegung (Umarme den Baum) bekannt geworden sind, das Projekt zu verhindern, worauf die Hotelunternehmen ihre Investitionsvorhaben in der Region zurückstellten.

Ein dritter Erfolg für B.B. Das zeichnet sich ab bezüglich des geplanten Baus eines Kleinhafens für Fischerboote im Kendrapara Distrikt. Die Bautätigkeiten für dieses Projekt fanden mitten in einem ausgedehnten Mangrovenwaldgebiet statt, das Brutgebiet für die vom Aussterben bedrohten roten Meeresschildkröten ist. Die Proteste und Petitionen der örtlichen Bevölkerung und der Umweltbewegung gegen das Projekt veranlaßten die Zentralregierung in Delhi, ein Untersuchungsteam einzusetzen, das die ökologischen Folgen des Projektes einschätzen sollte. Dieses hat mittlerweile die Einstellung des Projektes empfohlen, da nicht wieder gutzumachende ökologische Schäden zu erwarten seien, wenn das Projekt verwirklicht würde.

Private Luxuszüge für Touristen

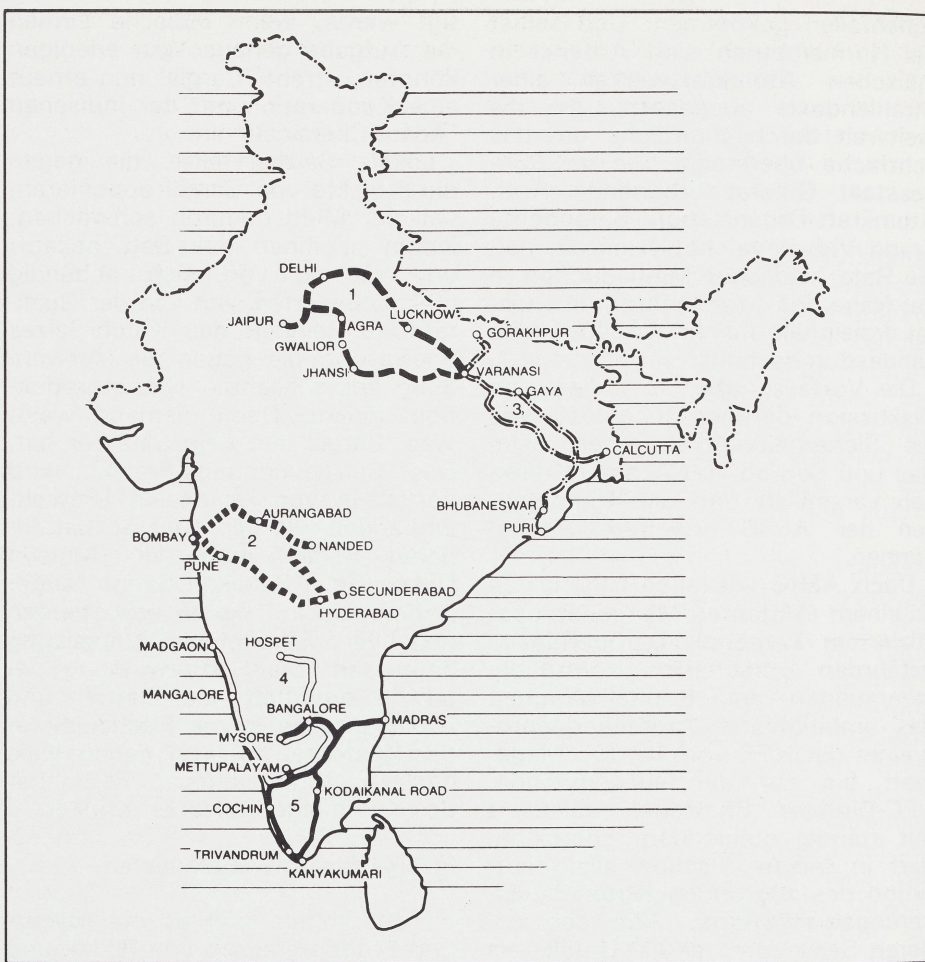
In doppelseitigen Anzeigen wirbt das indische Ministerium für Eisenbahnen derzeit um private Investitionen "für die möglicherweise größte Investitionschance im Tourismus dieses Jahrhunderts." Damit werden erste Pläne zur (Teil)-Privatisierung der indischen Eisenbahnen konkretisiert, die bereits Anfang des Jahres angekündigt wurden ('Südasiens', 4-5/1994). Geplant ist die Einführung von Superluxuszügen für Touristen auf fünf attraktiven Routen (siehe Karte). Jeder dieser Züge soll aus 13 Schlafwagen, zwei Speisewagen, Gepäck- und Generatorenwagen sowie einem Waggon für das Personal bestehen. Jeder Schlafwagen soll aus vier Abteilen für jeweils zwei Passagiere bestehen, die ein eigenes Bad, Farbfernsehen, Kühlschrank und anderen Luxus bieten sollen.

Für ihre Angebote läßt das Ministerium den Investoren die Wahl zwischen einer Reihe von Optionen zum Bau und Ausstattung der Züge. Die indischen Eisenbahnen stellen den Unternehmern ihr Schienennetz zur Verfügung und die gesamte Infrastruktur, die für den Zugbetrieb erforderlich ist. Die privaten Unternehmer sollen zuständig sein für den Bordservice sowie für das Angebot von Besichtigungstouren. "Reisen bei Nacht, Sightseeing am Tag," ist die Idee des Eisenbahnministeriums, das als Dauer für eine solche Eisenbahntour sieben Tage und acht Nächte plant.

Krabbenzucht bedroht Küstenbewohner

Etwa 150 Familien leben in dem Dorf Nakshathra Nagar an der Küste des Bundesstaates Andhra Pradesh seit Generationen von der Salzgewinnung aus Meerwasser, von Fischfang und von Landwirtschaft. Das Staatsland, das sie dazu mit Wissen und Billigung der Behörden nutzen (etwa 330 Hektar) ist ihnen bislang nicht offiziell zugesprochen worden, obwohl sie in den vergangenen 25 Jahren wiederholt darum gebeten haben.

Vor etwa zwei Jahren begannen die Bewohner von Nakshathra mit der Krabbenzucht in den umliegenden Teichen, was ihnen deutlich mehr einbrachte als die Salzgewinnung. Es brachte ihnen aber auch den Neid einflußreicher Geschäftsmacher, die in der Garnelenzucht ein gutes Geschäft wittern. Im ver-



gangenen Jahr tauchten reiche Großgrundbesitzer auf, die 'offizielle' Dokumente vorlegten, wonach das Land seit 1988 ihnen gehört. Sie verlangen die sofortige Räumung des Landes von Nakshathra.

Es gibt jedoch Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Vergabe der Landtitel. Warum erheben die Landbesitzer erst nach fünf Jahren Anspruch auf 'ihr Land'? Wieso wurden ihnen Landtitel zu Land zugesprochen, das im Besitz von Dorfbewohnern ist, die sich seit 25 Jahren um eine Landübereignung bemühen?

Durch die Profitgier einiger Großgrundbesitzer und die ihnen freundlich gesonnenen Behördenvertreter wird so wieder einmal das Existenzrecht armer Bevölkerungsgruppen in Frage gestellt, bedeutet die drohende Vertreibung der Menschen von Nakshathra für diese doch Hunger und Unterernährung durch den Verlust ihrer Lebensgrundlage. Weitere Informationen: FIAN, Postfach 102243, 69012 Heidelberg).

Erfolg für streikende Arbeiter

Nach heftigen Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Bundesstaatenregierung Westbengalens

stehen die Arbeiter der 'Kanoria Jute Mill' in der Nähe Kalkuttas kurz davor, die Leitung des vor der Pleite stehenden Unternehmens zu übernehmen. Zuvor hatte die Regierung versucht, mit massiven Polizeieinsätzen zu verhindern, daß die Arbeiter die Kontrolle über das seit Monaten geschlossene Unternehmen erlangten. Zwei sich im Hungerstreik befindende Arbeiterführer der von der 'Chattisgarh Mukta Morcha' unterstützten, jedoch unabhängigen Gewerkschaft 'Sangrami Sramik Union' (SSU), P. Chakraborty und N. Rahman, wurden in Polizeigewahrsam genommen und anschließend zur Behandlung in ein Krankenhaus in Kalkutta gebracht. Die Arbeiter, die seit Monaten auf ihre Lohnzahlungen warteten und das Werksgelände besetzt hielten, wurden mit Hilfe von Tränengas vertrieben; eine große Anzahl wurde von der Polizei zusammengeschlagen und verhaftet, die 52 Gemeinschaftsküchen, die von der Gewerkschaft eingerichtet worden waren, um die streikenden Arbeiter zu versorgen, wurden geschlossen, die dort lagernden Nahrungsmittel wurden beschlagnahmt. Doch anstatt die Aktivitäten der Arbeiter dadurch einzudämmen,

dehnten diese ihre Agitation aus. Sie veranstalteten Lichterprozessionen, Chakraborty und Rahman setzten selbst im Krankenhaus ihren Hungerstreik fort.

Die Polizeiaktionen riefen in allen politischen Lagern und selbst bei den Verbündeten der Linksregierung Westbengalens scharfe Kritik hervor. Diese veranlaßte die Regierung schließlich zu Verhandlungen und Zugeständnissen an die Gewerkschafter. Den Arbeitern wurde nicht nur erlaubt, die Fabrik wieder zu betreten, sondern auch, die dort lagernden und schon fertiggestellten Produkte zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Gleichzeitig legten die Arbeiter Pläne zur Sanierung des Unternehmens vor. So soll der bisherige Eigentümer der Fabrik durch eine Arbeitergenossenschaft ersetzt werden, die 40 Prozent der Unternehmensanteile erhalten soll sowie durch einen neuen Miteigentümer, der die übrigen 60 Prozent der Anteile halten soll.

Erfolgreicher Raketentest

Mit mehreren Testabschüssen der 'Prithvi' genannten Boden-Boden-Kurzstreckenrakete wurde die Endphase eines der ehrgeizigsten indischen Militärprogramme eingeleitet. Indien hatte trotz massiven Drucks der USA jahrelang darauf bestanden, atomwaffenfähige Kurz- und Mittelstreckenraketen zu entwickeln.

Indiens Raketenprogramm hat die Beziehungen zu den USA schwer belastet und 1992 zu einem Exportverbot us-amerikanischer Hightech nach Indien geführt. Stolz darauf, das neue Waffensystem auch ohne amerikanische Hilfe entwickelt zu haben, wurde die mit Flüssigbrennstoff betriebene Rakete, die eine Reichweite von bis zu 250 Kilometern haben soll, Anfang Juni in einem ersten 'Anwendertest' getestet. Gestartet von einer mobilen Abschlußrampe schlug das Projektil wunschgemäß auf einer 75 Kilometer entfernten unbewohnten Insel im Golf von Bengalen ein.

Mit der erfolgreichen Durchführung dieser Tests ist nun die Phase der Einführung der neuen Waffe in die Armee eingeleitet.

'India Development Forum' in Paris

Das 1958 von Geberländern sowie IWF und Weltbank eingerichtete 'Aid India Consortium', das die Aufgabe hatte, Kredite und Zu-

schüsse an Indien zu vergeben, hat sich umgewandelt: Vom 30. Juni bis 1. Juli 1994 tagte es in Paris erstmals unter dem neuen Namen 'India Development Forum'. Hintergrund der Umbenennung sind Indiens jüngste Erfolge bei der Konsolidierung seiner Zahlungsbilanz.

Zur Zeit verfügt Indien über Devisenreserven in Höhe von über 15 Milliarden US-Dollar, was Finanzstaatssekretär Montek Singh Ahluwalia veranlaßt, den "Anfang vom Ende der extremen Abhängigkeit von Auslandshilfe" zu verkünden. Der neue Name ist nicht nur Kosmetik. Neu ist auch das Konzept des Treffens in Paris, bei dem am 1. Juli in einem 'India Investment Forum' internationale Investitionsbanken, Investoren und Geschäftsleute über Anlagemöglichkeiten in Indien beraten haben. 3,5 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe in Form von Vorzugskrediten durch die Weltbank-Tochter 'International Development Agency' (IDA) sind Indien auf dem Treffen für die nächsten drei Jahre zugesagt worden.

Das Geld soll in zwanzig Projekte fließen, vor allem in den Bereichen Bildung - insbesondere für Mädchen und sogenannte Scheduled Castes and Tribes - , Familienplanung, Ernährung, Seuchenbekämpfung und ländliche Arbeitsprogramme. Die Weltbank hat als Veranstalterin angeregt, anstelle der Quantität der Hilfe an Indien zukünftig stärker die Qualität, also Kreditbedingungen und Sektorenkriterien zu beachten. Die indische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, um die Nutzung der Kredite und Auslandshilfe zu verbessern.

"Anti-Religions"-Gesetz in der Lok Sabha verabschiedet

Gegen den Widerstand der rechten Oppositionsparteien konnte die 'Congress'-Regierung Mitte Juni ein Gesetz zur Änderung des Volksvertretungsgesetzes in der Lok Sabha, dem indischen Parlament, durchbringen.

Das Gesetz erlaubt es unter anderem, daß Parteien, die einen religiösen Namen tragen, von den Wahlen ausgeschlossen werden (siehe 'Südasiens', 3/94). Obwohl der Gesetzesvorstoß von allen Oppositionsparteien, vor allem aber von der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) und Teilen der 'Janata Dal' scharf kritisiert wurde, passierte es das Parlament mit Unterstützung der Kommunisten (CPI-M) und dank einer gespaltenen Opposition.

Tibetische Exilregierung nach Bangalore?

Die tibetische Exilregierung des Dalai-Lama ist auf der Suche nach einer neuen Hauptstadt. Seitdem es vor einigen Wochen zu gewaltsamen Unruhen zwischen einheimischen Indern und Teilen der zugewanderten Tibeter gekommen war, ist das Verhältnis dieser beiden Bevölkerungsgruppen im Ort Dharamsala gespannt. Auslöser der Unruhen und schweren Auseinandersetzungen im April war ein Streit zwischen einem Tibeter und einem Einheimischen, in dessen Verlauf letzterer getötet wurde.

Es scheint einfach, die tieferen Ursachen und Gründe für die Spannungen zwischen den beiden Gruppen zu erklären. Mit Hilfe ausländischer Finanzmittel, die zum Teil über die vielen Touristen nach Dharamsala kommen, teils als Spenden direkt überwiesen werden, ist es vielen Tibetern in den vergangenen Jahren gelungen, mehr als nur bescheidenen Wohlstand zu erlangen. Ausländische Touristen ziehen es vor, in die Hotels und Restaurants der Tibeter zu gehen, die Hotels der 'Einheimischen' bleiben leer.

Obwohl Landverkäufe in der Region gesetzlich verboten sind, wird illegaler Landbesitz der Tibeter nicht geahndet. Viele Einheimische glauben nicht, daß die Tibeter wirklich an einem unabhängigen Tibet interessiert sind, in das sie einmal zurückkehren möchten. Der Bau mehrerer buddhistischer Klöster, die mehrere Hundert Millionen Rupien kosten sollen, ist den 'Einheimischen' Beweis genug dafür, daß sich die Tibeter endgültig in Dharamsala niederlassen wollen. Eine Befürchtung, die ältere Tibeter teilen, angesichts der guten Verdienstmöglichkeiten und Einkommen der jüngeren Generation der tibetischen Flüchtlinge, deren Lebensstil und Konsumgewohnheiten sich mehr und mehr westlichen Vorbildern annähert.

Noch hat der Dalai Lama keine endgültige Entscheidung getroffen. Nachdem ihn lokale Politiker und die Regierung des Bundesstaates Himachal Pradesh gebeten haben, in Dharamsala zu bleiben, will er offenbar abwarten, wie sich das Verhältnis zwischen Tibetern und Indern in nächster Zeit entwickelt. "Ich habe gedacht, zwischen Indern und Tibetern besteht eine 35jährige Freundschaft... Wenn Freunde sich trennen müssen, dann sollte dies in einer friedlichen Weise geschehen",

so der Dalai Lama, der das südliche, im Bundesstaat Karnataka gelegene, Bangalore als möglichen neuen Sitz seiner Exilregierung in Erwägung zieht.

Verbot vorgeburtlicher Geschlechtsbestimmung

Angesichts steigender Abtreibungszahlen weiblicher Föten hat die Regierung des Bundesstaates Rajasthan ein generelles Verbot von vorgeburtlichen Untersuchungen zur Geschlechtsbestimmung erlassen. Vorgeburtliche Geschlechtsbestimmungen durch Fruchtwasser- und Ultraschalluntersuchungen während der Schwangerschaft sind in Indien während der letzten Jahre immer beliebter geworden. Dabei geht es nicht allein darum herauszufinden, ob das Kind ein Junge oder ein Mädchen ist. Ziel ist vielmehr eine Abtreibung für den Fall, daß das Kind ein Mädchen ist. Die Tötung von Mädchen im frühesten Kindesalter ist in ganz Indien eine verbreitete Praxis (siehe dazu 'Südasiens', 1-2/1993). Mit der zunehmenden Verbreitung moderner medizinischer Technologien wird diese Praxis mehr und mehr durch die Abtreibung weiblicher Föten ersetzt. Der Mißbrauch vor allem der Ultraschalluntersuchung zu diesem Zweck nimmt täglich zu. Allein in Jaipur werden in den drei Zentren zur vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung täglich etwa zehn Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen, nachdem die werdenden Mütter durch die Ultraschalluntersuchung erfahren haben, daß ihr Kind ein Mädchen ist. Allein in diesen drei Zentren werden jährlich mehr als 3.500 Mädchen getötet, bevor sie geboren werden.

Der Erlaß der Regierung Rajasthans belegt jede Frau, die sich einem solchen Test unterzieht, mit einer Geldstrafe von 10.000 Rupien und einer Gefängnisstrafe von mindestens drei Jahren. Im Wiederholungsfall steigt die Gefängnisstrafe auf fünf Jahre und die Geldstrafe auf 50.000 Rupien. Aber auch jeder, der für vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung wirbt, muß mit diesem Strafmaß rechnen.

So begrüßenswert diese Schritte sind, verkennen sie doch die wirklichen Ursachen des Übels, die tief in der patriarchalen sozio-kulturellen Tradition Indiens verwurzelt sind, deren Opfer die Frauen sind. Die vorgeburtliche Tötung von Mädchen ist kein juristisches Problem. Dennoch bleibt zu hoffen, daß die Re-

gierung Rajasthans in der Lage und willens ist, das von ihr verabschiedete Gesetz auch umzusetzen.

UNDP: Indien weiterhin unter den am wenigsten entwickelten Ländern

Im 'Human Development Report' des UN-Entwicklungsprogrammes (UNDP) nimmt Indien Rang 136 von 173 untersuchten Ländern ein. Zugrundegelegt ist der 'Human Development Index' (HDI), der neben ökonomischen Kriterien vor allem die soziale Entwicklung - Lebenserwartung, Bildungsstandards, Kaufkraft, Einkommensverteilung, Kindersterblichkeit, Alphabetisierungsrate u.a. - mit einbezieht. Danach leben 350 Millionen InderInnen in 'absoluter' Armut, 270 Millionen Erwachsene sind Analphabeten, 750 Millionen InderInnen haben keinen angemessenen Zugang zu sanitären Einrichtungen. Neben diesen negativen Entwicklungen kritisiert der Bericht vor allem die horrenden Militärausgaben: Für die zwanzig Mig-29-Kampfflugzeuge, die Indien bestellt hat, könnte beispielsweise die Schulbildung für 15 Millionen Mädchen bezahlt werden. Dennoch bescheinigt der Report Indien eine langsame Verbesserung in den meisten Faktoren des HDI.

So sei zum Beispiel die allgemeine Lebenserwartung seit 1960 von 44 auf knapp 60 Jahre gestiegen, die Säuglingssterblichkeitsrate sank von 165 auf 89 pro 1.000 Geburten. Der Anteil der unterernährten Kinder unter fünf Jahren ging zwar von 71 auf 63 Prozent zurück, ist mit über 70 Millionen Kindern jedoch noch immer äußerst hoch.

Kritisiert werden auch die Entwicklungshilfe-Geber, deren Mittelvergabe oft entgegen ihren öffentlich verkündeten Kriterien verläuft und weniger den tatsächlichen Bedürfnissen einzelner Länder dient, sondern strategischen Interessen der Geberländer folgt.

Gerichtshof bestätigt Todesstrafe

Die Anklage wirft "Auto Shankar" alias Gauri Shankar und seinem Komplizen Eldin den Mord an Shankars Frau und fünf weiteren Menschen vor, deren Leichen sie verbrannt haben. Hintergrund des Falles und der drakonischen Strafe, die die Richter in New Delhi in diesem "einmaligen Fall" für gerechtfertigt halten, ist eine illegale Arrack-Brauerei und ein Bordell, die Shankar betrieben hat. Das Gericht macht ihn verantwortlich, "das Le-

ben vieler junger Mädchen verdorben zu haben". Seine Opfer tötete Shankar 1988, weil sie sich in seine Geschäfte einmischten und für den illegalen Betrieb des Bordells gefährlich wurden. Das Gericht stimmte gleichzeitig der Auffassung der Verteidigung in dem Punkt zu, daß der Einfluß von immer brutaleren und sexistischeren Kino- und Videofilmen auf die Angeklagten gewirkt hat. Insofern müßten auch die Produzenten solcher Filme zur Rechenschaft gezogen werden. Alle damit begründeten Gnadengesuche der beiden Angeklagten wies das Gericht in seinem 76-seitigen Urteil jedoch zurück.

Junger Sikh nach Abschiebung in Polizeihaft gestorben

Der 21-jährige Kuldeep Singh war 1993 über Paris und Prag illegal in die Bundesrepublik eingereist, wo er seitdem als Blumenverkäufer arbeitete. Am 9. Mai 1994 wurde er von der Polizei aufgegriffen, wegen illegaler Einreise inhaftiert und am 27. Mai nach Delhi abgeschoben. Die Einwanderungsbehörden in Delhi haben ihn sofort an die dortige Polizei überstellt, die Verstöße gegen verschiedene indische Strafgesetze wie u.a. Paßfälschung feststellte. Nachdem Kuldeep Singh auf Gerichtsbeschuß am 29. Mai in das Tihar Gefängnis verlegt worden war, wurde er fünf Stunden später wegen hohem Fieber ins Krankenhaus verlegt, wo er kurz darauf starb. Aditya Arya, Vizechef der Flughafenpolizei in Delhi: "Kuldeep Singh hat alles gestanden. Also mußten wir gar keine Gewalt anwenden, wie die Medien behaupteten." Doch an Singhs Körper finden sich Spuren von Elektroschockbehandlung; eine ärztliche Untersuchung des Toten hat Verletzungen bestätigt.

**Für das Recht,
sich zu ernähren**



Internationale
Menschenrechtsorganisation

Spendenkonto:
10 90 000, Sparkasse Herne (BLZ 432 50 30)
Weitere Informationen (gegen 3,- DM in Briefmarken) bei:
FIAN · Overwegstraße 31 · 44625 Herne